

Lampertheimer Zeitung vom 17.02.2007

"Die Politiker müssen sich darum kümmern" PAN fordert ein Gutachten über den Sodabuckel

LAMPERTHEIM Der Projektbeirat Altlasten Neuschloß ist verärgert über das mangelnde Interesse der Lampertheimer Politiker bezüglich der Sanierung. Er fordert sie zum Handeln in Sachen Sodabuckel auf.

Carola Biehal, Sprecherin des Projektbeirats Altlasten Neuschloß (PAN) saß am Dienstagabend im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und konnte nur noch den Kopf schütteln. Lampertheimer Politiker schienen überrascht zu sein, dass der Sodabuckel gesichert beziehungsweise saniert gehört und dass die Stadt dafür verantwortlich ist. Biehal und PAN-Pressesprecher Michael Bayer erläuterten am Freitagnachmittag gegenüber unserer Zeitung die Hintergründe der Neuplanung des Landes Hessen: Ursprünglich sollte die Südflanke des Sodabuckels beim fünften Sanierungsabschnitt abgetragen und mit einer Sickerwasser-Sperrschicht versehen werden. Das hätte der Stadt Lampertheim, Eigentümerin des Geländes, Kosten erspart. "Doch bei der Offenlage der Pläne im September 2006 war keine Sickerwasser-Sperrschicht mehr vorgesehen. Das Land wollte die Südflanke abtragen und 40 Zentimeter Erde drauf tun. Das war für den PAN, die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und die Stadt nur ein Provisorium, das nicht ausreicht", so Biehal.

Einwendungen von Stadt, Bürgern sowie des Forsts hätten nun dazu geführt, dass das Land die Südflanke des Buckels lasse, wie sie ist. Der Baustellenverkehr soll zum Teil über den Buchenweg laufen statt über den Sodabuckel. Der PAN fordert jetzt die Stadt (verordneten) auf, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das die Belastung des Sodabuckels untersucht und klärt, ob eine Sickerwasser-Sperrschicht vonnöten ist. Ein solches Gutachten koste einen fünfstelligen Betrag - der PAN kann das nicht finanzieren. Nach einem solchen Gutachten habe die Politik eine Handlungsgrundlage. "Uns ist klar, dass der Sodabuckel nicht morgen saniert wird, aber die Südflanke wäre uns wichtig, denn der Wall bröckelt teilweise. Dadurch bleibt eine Gefahr für die Anwohner auch nach der Sanierung ihres Grundstücks bestehen", so Bayer.

Carola Biehal ist sich sicher, das Land werde die Sanierung des Sodabuckels von Lampertheim verlangen. Noch sei die HIM-ASG hier - die hätte die Sodabuckel-Sanierung mitplanen können. Doch wenn diese nach dem Ende der Sanierung der privaten Grundstücke ihre Zelte abbricht, muss sich die Stadt alleine um die Planung bemühen. "Der Bürgermeister hat den Kontakt zum Umweltministerium gesucht. Aber das reicht nicht aus, es müssen sich noch mehr Politiker darum kümmern. Man kann jetzt nicht einfach abwarten, was als nächstes auf den Tisch kommt", sagt Biehal. Der PAN habe leider kein Einspruchsrecht.

In der Ausschuss-Sitzung wurde auch die Sinnhaftigkeit des Arbeitskreises Altlasten in Frage gestellt. Der PAN sieht diesen weiterhin als nötig an. Nur wünscht man sich von den Politikern, die daran teilnehmen, dass sie ihre Fraktionskollegen über die Entwicklung unterrichten. "Die Politiker im Arbeitskreis sind nicht bei der Sache. Sie stellen Fragen, die schon geklärt worden sind", meint Biehal. Manchen sei immer noch nicht klar, worum es in Neuschloß gehe. Keiner habe die Sanierungspläne bei der Offenlage im September 2006 angeschaut. Auch bei der öffentlichen PAN-Sitzung im November 2006 sei kaum ein Politiker da gewesen, obwohl vorher eine Sitzung des Neuschlösser Ortsbeirates war.

Die ganze Entwicklung um den Sodabuckel ist für den PAN ärgerlich: Es gebe Lärm durch

den Lkw-Verkehr im Buchenweg, eine erneute Folienabhängung einiger Häuser, wenn der Sodabuckel endgültig saniert werde, höhere Kosten für die Stadt Lampertheim und ein länger andauerndes Gefährdungspotenzial für die Anwohner.

(Von Oliver Lohmann)